

6.000 Besucher beim Tag der offenen Tür Carius: Offenes Parlament zum Anfassen

"Heute waren wir ein Parlament zum Anfassen. Unter dem Motto 'Landtag im Dialog' konnten unsere Gäste mit Abgeordneten, Mitarbeitern, Vertretern der Landesregierung und Akteuren aus dem Bereich der politischen Bildung direkt ins Gespräch kommen. Gelegenheit hierzu bestand beispielsweise im Rahmen der

Gesprächsrunde mit den Fraktionsvorsitzenden. Rund 200 Gäste haben im Plenarsaal mitdiskutiert und gezeigt, wie wichtig Politik für das Funktionieren unserer Gesellschaft ist." Dieses Fazit zog Landtagspräsident Christian Carius anlässlich des Tags der offenen Tür am 11. Juni, der rund 6.000 Besucher anzog. Insgesamt gab es drei

Gesprächsrunden im Plenarsaal mit zahlreichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Im Mittelpunkt der Runde mit den Fraktionsvorsitzenden standen allgemeine landespolitische Themen. Weitere Gesprächsthemen waren Bürgerbeteiligung und erneuerbare Energien. Der Landtag gewährte einen Blick hinter die Kulissen. So

stellten die Ausschüsse ihre Arbeit vor. Die Freundeskreise aus Litauen, Mordowien, Kaliningrad und Tirol waren begehrte Gesprächspartner für das Publikum. Wie in den vergangenen Jahren hatten die Führungen durch das Landtagsgebäude auch diesmal großen Zuspruch. Weitere Fotos sind unter www.dein-landtag.de zu sehen.



Kurz gemeldet

Am 9. Juni fand eine öffentliche Anhörung im Innen- und Kommunalausschuss statt. Anhört wurden Bürgerinnen und Bürger zum Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform.+++Landtagspräsident **Christian Carius** empfing am 8. Juni den Botschafter von Vietnam, **S. E. Doan Xuan Hung**, zu einem Meinungsaustausch.+++ Am 17. Juni fand anlässlich des Gedenktags für die Opfer des DDR-Unrechts eine Gedenkveranstaltung des Thüringer Landtags gemeinsam mit der Stadt Mühlhausen statt. Die Archivarin und Autorin Regina Hornischer hielt einen Vortrag zum Thema „Der 17. Juni 1953 in Mühlhausen und Umgebung“ .+++

Die Landesbeauftragten

Der Bürgerbeauftragte
des Freistaats Thüringen
Dr. Kurt Herzberg
<http://www.buergerbeauftragter-thueringen.de>
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
Mail: buergerbeauftragter@landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter
für den Datenschutz und die
Informationsfreiheit
Dr. Lutz Hasse
www.tlfdi.de
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Landesbeauftragter des
Freistaats Thüringen zur
Aufarbeitung der
SED-Diktatur (ThLA)
Christian Dietrich
www.thla-thueringen.de
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
Mail: info@thla.thueringen.de

IMPRESSUM



Herausgeber:

Thüringer Landtag
Pressestelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Redaktion:

Fried Dahmen

Satz und Layout:

Ines Born

Druck:

Druckhaus Gera

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die
Fraktionen und Beauftragten verant-
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint
monatlich. Der Bezug ist kostenfrei
sowohl über den Postweg als auch
per E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004
poststelle@landtag.thueringen.de
www.thueringer-landtag.de



Der Bürgerbeauftragte

Europas Bürgerbeauftragte beraten aktuelle Probleme europäischer Rechtsstaatlichkeit auf gemeinsamer Konferenz

Dr. Kurt Herzberg nahm vom 12. bis 14. Juni an der Konferenz des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten (ENO) teil. Zu dieser Konferenz hatte die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly nach Brüssel eingeladen. Auf dem Konferenzprogramm standen die - in den Mitgliedsländern zum Teil sehr unterschiedlichen - Fragen um die Flüchtlingskrise, Transparenz und Korruption in Politik und Verwaltung und die aktuellen Entwicklungen und Probleme, wenn es darum geht, wesentliche Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit überall in Europa anzuwenden. Dr. Kurt Herzberg: „Die Konferenz zeigte, welche grundlegenden Probleme in einigen Mitglieds-

ländern der Europäischen Union herrschen. Voller Respekt nehme ich wahr, wie die Bürgerbeauftragten insbesondere in Süd- und Südosteuropa sowie in Polen für die Grundwerte Europas kämpfen müssen. Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und fairer Umgang mit Minderheiten oder Flüchtlingen sind keineswegs überall selbstverständliche und erfahrbare Praxis. Es gibt Bürgerbeauftragte, die durch ihr Engage-

ment für diese Werte und die Menschen Risiken und Nachteile in Kauf nehmen müssen.“ In den kommenden Wochen werden die Ergebnisse der Tagung unter der Leitung der Europäischen Bürgerbeauftragten zusammengefasst und die Anregungen ausgewertet. Das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten besteht aus über 95 Einrichtungen in 36 europäischen Ländern.

Wussten Sie schon?

Der Bürgerbeauftragte hat eine neue Webseite. Unter der bekannten Adresse www.buergerbeauftragter-thueringen.de finden Nutzer ab sofort eine einfachere Navigation, eine verbesserte Suchfunktion und ein neues Onlineformular, mit dem Anliegen an den Bürgerbeauftragten nun auch direkt online eingereicht werden können. Die Darstellung ist zudem für mobile Endgeräte optimiert. Damit ist es nun auch von unterwegs möglich, das Internetangebot des Bürgerbeauftragten zu nutzen.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Es kommt dicker...!

Der TLFDI stellte seine neuen Tätigkeitsberichte für die Jahre 2014 und 2015 vor!

Am 25. Mai 2016, 10 Uhr MEZ war es dann soweit! Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLFDI) stellte Vertretern der Presse, der Fraktionen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern bei einer Pressekonferenz in den Räumen des TLFDI seinen 2. Tätigkeitsbericht für den nicht-öffentlichen Bereich und den 11. Tätigkeitsbericht für den öffentlichen Bereich für den Berichtszeitraum 2014 bis 2015 vor. Dass sich der Arbeitsanfall beim TLFDI immens erhöht hat, lässt sich am Umfang der beiden aktuellen Tätigkeitsberichte unschwer ablesen. Allein die registrierten Posteingänge stiegen im Ver-

gleich zu 2011 um fast 70 Prozent. Die gestiegene Anzahl der Beiträge machte es erforderlich, dass der 2. Tätigkeitsbericht für den nicht-öffentlichen Bereich und der 11. Tätigkeitsbericht für den öffentlichen Bereich nunmehr in zwei gesonderten Bänden gedruckt werden mussten. Einen Schwerpunkt im Berichtszeitraum im nicht-öffentlichen Bereich stellte die datenschutzrechtliche Prüfung von Videoüberwachungsanlagen in Thüringen dar. Dies betraf vor allem die Videoüberwachung von Mitarbeitern, Kunden, Nachbarn oder auch unbeteiligten Dritten. Viele Beschwerden gab es auch im Bereich des Beschäftigenda-

tenschutzes. Ein wichtiger Teil der Arbeit des TLFDI im öffentlichen Bereich war die Begleitung der Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union (EU-DSGVO) sowie die Förderung der Medienkompetenz an den Thüringer Schulen. Eine weitere Baustelle riss die Entscheidung des EuGH zu Safe-Harbor auf. Neugierig geworden? Dann können Sie die beiden Berichte unter <https://www.tlfdi.de/tlfdi/wir/taetigkeitsberichte/> nachlesen oder Sie gelangen über den QR-Code bequem auf die Website des TLFDI!



Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Gerechtigkeitslücke bei den „verfolgten Schülern“ schließen

Wem in der DDR aus politischen Gründen der vorberufliche Ausbildungsweg versperrt wurde (u.a. Nichtzulassung zum Abitur), gilt nach Beruflichem Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) als „verfolgter Schüler“. Wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass es sich um eine große Gruppe von Betroffenen handelt (Kwiatkowski-Celofiga). So beeinträchtigte oft die Zugehörigkeit zu bürgerlichen oder kirchlichen Kreisen Kindern und Jugendlichen Bildungs- und Berufschancen. In den ersten Jahren der DDR gab es antikirchliche Kampagnen, in denen engagierte Oberschüler relegiert wurden. Später waren

die Verweigerung der Mitgliedschaft in der FDJ, der Jugendweihe oder des Waffendienstes oft die Ursache für die Nichtzulassung des Besuchs einer zur Hochschulreife führenden Bildungseinrichtung. In Thüringen wurden von 753 Antragstellern 733 als „verfolgte Schüler“ anerkannt. Sie haben Anspruch auf bevorzugte Förderung der beruflichen Weiterbildung und auf Erlass der Rückzahlung der BAföG-Förderung, sofern die verfolgungsbedingte Unterbrechung der Ausbildung mehr als drei Jahre dauerte und die Ausbildung vor 2003 begonnen wurde (und der BAföG-Rückzahlungsbescheid nicht bestandskräftig wurde). Aus dem Reha-

bilitierungsbescheid für eine vorberufliche Verfolgung, die maßgeblich die Rentenbiografie einer Person beeinflusste, folgt kein weiterer Nachteilsausgleich. Die Landesbeauftragten plädieren daher dafür, verfolgten Schülern die sozialen Ausgleichsleistungen nach § 8 BerRehaG gesetzlich zugänglich zu machen. Die Thüringer Regierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung dazu verpflichtet, sich für von „politischen Repressionen betroffene Schülerinnen und Schüler, die sich heute in einer sozialen Notlage befinden“ einzusetzen, damit sie „stärker im Rahmen des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes berücksichtigt werden“.